

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

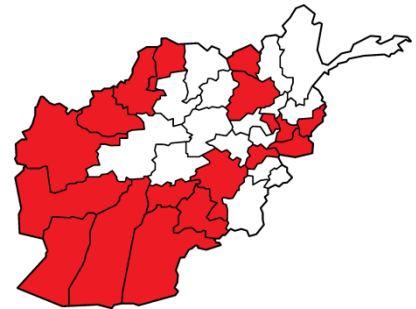
Briefing Notes

6. Februar 2017

Afghanistan

Bewaffnete Auseinandersetzungen

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen, Säuberungsaktionen und Razzien der Sicherheitskräfte sowie Überfällen und Anschlägen der Aufständischen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. Nach Presseberichten waren in der vergangenen Woche folgende Provinzen betroffen: Baghlan (Nordosten), Jawzjan, Faryab (Norden), Helmand, Kandahar, Uruzgan (Süden), Nangarhar, Laghman (Osten), Kapisa, Logar (Zentrum), Ghazni (Südosten), Herat und Farah (Westen) und Kunduz (Nordosten).



Taliban weiten Herrschaftsgebiet aus

Nach Angaben des U.S. Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction (SIGAR) standen bis Mitte November 2016 nur ca. 57 % der 407 Distrikte unter Kontrolle oder Einfluss der Regierung. Vor einem Jahr waren es noch 15 % mehr. SIGAR beruft sich auf Angaben des US-Militärs, wonach von 407 Distrikten nur 233 unter Kontrolle der Regierung (83 Distrikte) oder unter ihrem Einfluss (150 Distrikte) standen. Demgegenüber stehen 41 Distrikte in 15 Provinzen, die sich entweder unter Kontrolle der Aufständischen (neun Distrikte) oder in ihrem Einflussbereich (32 Distrikte) befanden. 133 weitere Distrikte gelten als umkämpft. Die Provinzen mit den meisten von Aufständischen kontrollierten bzw. beeinflussten Distrikten liegen im Süden: Uruzgan, Helmand, Kandahar und Zabul. Von den ca. 32,1 Millionen Einwohnern Afghanistans leben ca. 20,4 Millionen in Gebieten unter Regierungskontrolle bzw. -einfluss, ca. 2,5 Millionen im Einflussbereich der Aufständischen und weitere 9,2 Millionen in umkämpften Gebieten.

UNAMA-Bericht zu zivilen Opfern

Die United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) hat am 06.02.17 ihren Bericht zu zivilen Opfern des Jahres 2016 veröffentlicht. Danach wurden 11.418 Zivilisten getötet oder verletzt. Im Jahr 2015 waren es 11.034 Zivilisten. Die meisten zivilen Opfer gab es mit 2.989 im Süden. In der Zentralregion waren es 2.348. Es folgen der Osten (1.595), Norden (1.362), Nordosten (1.270), Südosten (903), Westen (836) und das zentrale Hochland (115). Die UNAMA hebt hervor, dass insbesondere die Zahl der getöteten und verletzten Kinder mit 3.512 um 24 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist.

Anschläge und Übergriffe

Am 30.01.17 starben bei einem Bombenanschlag in Zabul (Distrikt Arghandab, Süden) über 30 afghanische und ausländische Militärangehörige.

Am 01.02.17 wurde gemeldet, dass Einwohner des Distrikts Rodat in der Provinz Nangarhar (Osten) bewaffneten Widerstand gegen den IS leisteten. In Lashkargah (Hauptstadt der Provinz Helmand, Süden) starb ein Zivilist bei einem Raketenangriff, drei wurden verletzt. In Khost City (Hauptstadt der Provinz Khost, Osten) kamen fünf Polizisten und drei Schüler bei zwei Bombenanschlägen um. In Nimroz (Süden) wurde ein entführter Straßenbauarbeiter getötet.

Am 02.02.17 entführten vermutlich Aufständische in Badghis (Westen) zwei Ärzte.

Am 05.02.17 überlebte der Gouverneur von Kunar (Osten) einen Angriff der Taliban.

Irak

UNHCR kündigte am 30.01.17 an, dass es die Nahrungsmittelrationen für 1,4 Millionen Menschen in den Flüchtlingslagern im Nordirak für den Februar halbieren müsse, da die Geberländer ähnlich wie 2015 ihr Engagement zurückgefahren hätten und keine ausreichenden Geldmittel zur Verfügung stellten.

Im Laufe der Woche unterbrach der IS an mehreren Stellen die Stromleitungen nach Ost-Mossul, sodass die befreiten Gebiete derzeit weitgehend ohne Strom sind.

Es kommt wieder deutlich häufiger zu Anschlägen und Guerillaangriffen in der Anbar-Provinz, bei denen der IS auch bereits befreite Städte angriff. Am 05.02.17 verkündete Eid al-Karbouli, Sprecher der Regionalregierung, dass die Truppen in Anbar auf absehbare Zeit nicht in der Lage seien, die noch vom IS gehaltenen Regionen der Anbar-Provinz zu befreien.

In Erbil werden aufgrund der Flüchtlingssituation, die sich durch die Kürzungen beim UNHCR und die Kämpfe um Mossul deutlich verschärft hat, Medikamente knapp. In dieser Woche bat eine Geburtsklinik um internationale Hilfe, da ihr die Anästhetika auszugehen drohten.

Türkei

Festnahmen von IS-Verdächtigen

Vergangene Woche wurden nach Berichten der Nachrichtenagenturen Anadolu und Dogan bei landesweiten Razzien über 400 mutmaßliche Mitglieder des IS festgenommen. Bei diesen soll es sich überwiegend um Ausländer handeln. Ihnen wird die Planung von Angriffen vorgeworfen. Die Razzien erfolgten mehr als einen Monat nach einem dem IS zugeschriebenen Anschlag auf einen Nachtclub in Istanbul. Allein in der Stadt Sanliurfa sollen 150 und in der nahen Stadt Gaziantep 47 sowie in Ankara 60 Verdächtige verhaftet worden sein.

Tunesien

Mutmaßliche Terroristen festgenommen

Sicherheitskräfte haben sieben mutmaßliche Terroristen im Alter zwischen 31 und 48 Jahren in einem öffentlichen Bad einige Kilometer südlich der Hauptstadt Tunis festgenommen. Laut Angaben der Behörden haben die Männer zugegeben, sich dort regelmäßig getroffen zu haben, um Überwachungsmaßnahmen zu vermeiden.

Libyen

Der Militärrat Misratas verkündete am 30.01.17, dass sich die ihm unterstehenden Milizen der neu zu gründenden Libyschen Armee anschließen werden, die der von der UN vermittelten Regierung der nationalen Einheit unterstehen soll. Mit dieser Ankündigung positioniert sich der Militärrat weiter gegen die Libysche Nationalarmee von General Khalifa Haftar, der als „abtrünniger General“ bezeichnet wurde. Der General verkündete am 05.02.17, dass seine Libysche Nationalarmee 95 % des Landes kontrolliere.

Zentralafrikanische Republik

Gewaltausbruch in der Provinz Ouham-Pendé

Laut UN-Angaben wurden bei Kämpfen zwischen zwei Rebellengruppen in der Stadt Bocaranga (Provinz Ouham-Pendé) am 02.02.17 mehrere Menschen getötet; etwa 9.000 Menschen flohen in die Umgebung. Geschäfte und Märkte wurden geplündert, ebenso Einrichtungen internationaler Nichtregierungsorganisationen. Anderen Meldungen zufolge griff die 2016 gegründete Rebellenorganisation Retour, Réclamation et Réhabilitation (3R) die Stadt an.

Bei einem Angriff auf eine Patrouille von UN-Blauhelmsoldaten etwa 25 Kilometer südwestlich von Bocaranga wurde am 02.02.17 mindestens ein Soldat getötet. Bereits am 31.01.17 starben zwei Soldaten nahe der Stadt Obo im Südosten bei einem Angriff auf einen Konvoi aus Tanklastern, den sie eskortierten.

Nigeria

Boko Haram: Selbstmordanschlag in Maiduguri

Am frühen Morgen des 31.01.16 zündete in Maiduguri (Hauptstadt des Bundesstaates Borno) ein Selbstmordattentäter seinen Sprengstoffgürtel am Eingang zur Dalori-Housing-Estate-Moschee. Außer ihm starb ein Angehöriger der örtlichen Bürgerwehr.

DR Kongo

Oppositionsführer Tshisekedi gestorben

Am 01.02.17 verstarb der langjährige Oppositionsführer Etienne Tshisekedi mit 84 Jahren an einer Lungenembolie in einem Krankenhaus in Belgien, wohin er am 24.01.17 aus Kinshasa für einen Gesundheits-Check-up gekommen war. Tshisekedi sollte Präsident des „Nationalrats zur Überwachung des Übergangsabkommens“ werden. Dieses Gremium ist Teil der Übereinkunft vom 31.12.16 zwischen der Regierung und der Opposition zur Vorbereitung und Überwachung freier Wahlen bis Ende 2017 sowie des Rücktritts des amtierenden Staatspräsidenten Joseph Kabila. Mit dem Tod von Tshisekedi verliert die Opposition ihre wichtigste Führungsfigur. Tshisekedi war während der Präsidentschaft von Mobutu zwischen 1991 und 1994 drei Mal Premierminister. 2011 verlor er die umstrittene Präsidentschaftswahl gegen den jetzigen Staatspräsidenten Joseph Kabila. Tshisekedi war bis zuletzt Vorsitzender der größten Oppositionspartei UDPS sowie Präsident des größten Oppositionsbündnisses Rassemblement.

Kamerun

Boko Haram: Selbstmordanschlag in Mora

Am Morgen des 31.01.17 zündeten drei Selbstmordattentäter – mutmaßlich der Terrororganisation Boko Haram – in der Ortschaft Double (Region Extreme Nord) ihre Sprengsätze. Hierbei starb außer den Attentätern ein Zivilist; sieben Personen erlitten Verletzungen.

Gambia

Neuer Präsident erstmals vor der Presse

Mit einer Liste von Reformmankündigungen ist Gambias neuer Präsident Adama Barrow am 28.01.17 erstmals vor die Presse in der Hauptstadt Banjul getreten. Mit seiner ersten Amtshandlung hat er das Wort „Islamisch“ vor „Republik“ aus dem Staatsnamen gestrichen. Barrow will vom alten Regime geschlossene Medienhäuser wieder zulassen und den Sicherheitsapparat neu organisieren. Er kündigte an, sein Kabinett umgehend zu ernennen. Gleich Barrows erste Ernennung – der Architektin seines Bündnisses, Fatoumata Jallow-Tambajang, zur Vizepräsidentin – erwies sich als problematisch. Die 67-Jährige soll nach der Verfassung zu alt für das Amt sein.

Sudan

Abriss von Kirchen geplant

Nach Angaben aus Kirchenkreisen plant die sudanesishe Regierung, 25 Kirchen abzureißen, da sie auf Land für Wohnzwecke errichtet worden seien. Seit 2014 ist der Bau neuer Kirchen nicht erlaubt.

Missionar zu 20 Jahren Haft verurteilt

Ein Gericht in Khartum hat einen tschechischen Missionar, Entwicklungshelfer und Dokumentarfilmer, der für den amerikanischen Zweig der Organisation „Hilfsaktion Märtyrerkirche“ (Voice of the Martyrs) arbeitet, wegen Spionage zu 20 Jahren (nach anderen Angaben zu 23 Jahren) Haft verurteilt. Zwei mitangeklagte sudanesishe Christen erhielten je zwölf Jahre Haft. Die Verurteilten waren im Dezember 2015 verhaftet worden. Sie sollen die Verfolgung von Christen dokumentiert und die Grenze zwischen Sudan und Südsudan illegal überschritten haben. Die Organisation, der der verurteilte Tscheche angehört, setzt sich nach eigenen Angaben überkonfessionell für verfolgte Christen in aller Welt ein.

Somalia

Anschläge

Al-Shabaab übernahm die Verantwortung für die Explosion einer Sprengfalle am 30.01.17 in einem von somalischen Polizisten und Soldaten besuchten Restaurant in der Ortschaft Burane nahe Mahadeay (Region Middle Shabelle). Sieben Personen, unter ihnen drei Soldaten, wurden verletzt. Bei einem Anschlag mit einer Sprengfalle auf den Konvoi eines Mitglieds des Oberhauses im Distrikt Hodan von Mogadischu am 02.02.17 blieben der Parlamentarier und seine Begleitpersonen unverletzt.

Kampfhandlungen

Nach dem Angriff auf kenianische Einheiten am 27.01.17, bei dem nach Angaben von al-Shabaab mehr als 60 kenianische Soldaten getötet worden sein sollen, kündigte die somalische Armee am 28.01.17 eine Offensive zur Vertreibung der Extremisten aus der Region Gedo an.

Zwei Soldaten starben, sechs wurden verletzt, als al-Shabaab-Kämpfer am 01.02.17 puntländische Sicherheitskräfte an einem Checkpoint in Boosaaso (Region Bari) angriffen. Die Sicherheitskräfte der Übergangsverwaltung von Galmudug töteten am 03.02.17 nahe der Küstenstadt Harardhere (Region Mudug) einen al-Shabaab-Führer namens „Arab“, der als Chef der Finanzen in den Zentralregionen Somalias galt. Bereits am 29.01.17 hatten somalische Spezialkräfte Abdullahi Qanas, den stellvertretenden Militärkommandeur der al-Shabaab für die Region Gedo getötet. Bei einem Angriff der al-Shabaab auf einen Militärkonvoi der Interim South West Administration (ISWA) nahe Baidoa (Region Bay) kamen am 01.02.17 mehrere Soldaten ums Leben

Entführte ermordet

Am 01.02.17 fanden Anwohner nahe Qandala (Region Bari, Puntland) die enthaupteten Leichen von drei Zivilisten, die bei einem Überfall einer mit dem IS verbündeten Miliz auf einen Passagierbus in der Woche zuvor entführt worden waren. Nach Angaben von Amaq News Agency, einem Sprachrohr des IS, seien die Opfer vom IS getötet worden. Eine geringe Anzahl von Extremisten, die sich mit dem IS verbündet hat, operiert von einer abgelegenen Gebirgsregion in Puntland aus. Im Dezember 2016 hatten sie zeitweilig die Stadt Qandala eingenommen.

Hungersnot

Peter de Clerq, Koordinator der UN für humanitäre Angelegenheiten in Somalia, warnte vor einer verheerenden Hungersnot, sofern nicht massiv und schnell Hilfe geleistet werde.

Simbabwe

Pastor Evan Mawarire bei Rückkehr verhaftet

Am 01.02.17 verhaftete die Polizei Pastor Evan Mawarire, den derzeit prominentesten Bürgerrechtler Simbawwes, am Flughafen von Harare, nachdem er aus einem freiwilligen rund sechsmonatigen Exil in den USA zurückgekehrt war. Er wurde am 02.02.17 wegen des Versuchs angeklagt, die Regierung von Präsident Mugabe zu stürzen, außerdem wird ihm vorgeworfen, die Nationalflagge verunglimpft zu haben. Mawarire hatte im Mai 2016 in den sozialen Netzwerken ein Video veröffentlicht, das ihn mit der Fahne Simbawwes um die Schulter zeigt, während er den schlechten Zustand des Staates, insbesondere die seit Jahren andauernde schwere Wirtschaftskrise beklagt. Unter dem Stichwort #ThisFlag bildete sich innerhalb weniger Wochen eine Protestbewegung, die die seit einem Jahrzehnt größten Demonstrationen gegen die Regierung organisierte.

Westbalkan

Schwache Demokratien

Laut dem jüngsten Bericht von Freedom House erreichen die sechs Westbalkanstaaten auf einer Punkteskala von maximal 100 für den Stand der demokratischen Standards nur Punktzahlen zwischen 76 (Serbien) und 52 (Kosovo). Lediglich Serbien wird gerade noch als frei eingestuft, während Albanien, Bosnien, Kosovo, Mazedonien und Montenegro unter Hinweis auf Mängel bei den politischen Rechten und bürgerlichen

Freiheiten als nur teilweise frei bezeichnet werden. Die demokratischen Standards würden durch eine Verschlechterung der Rechtsstaatlichkeit, zunehmenden Nationalismus und anhaltende Korruption gefährdet. Auch nach dem aktuellen Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International von 176 Staaten (Somalia auf Rang 176) liegen die sechs Westbalkanstaaten nur auf dem unteren Mittelfeld zwischen den Plätzen 64 (Montenegro) bis 95 (Kosovo). Bestechung gehört zum Alltag auf allen Ebenen: im Gesundheits- und Bildungswesen, in der öffentlichen Verwaltung und Justiz. Zwar sind bei der Rechtsstaatlichkeit und der Bekämpfung von Korruption auch positive Trends beobachtbar, doch bleiben die Defizite ein Hauptvorwurf an die Regierungen aller Westbalkanländer.

Virulentes Konfliktpotenzial v.a. in Kosovo und Bosnien

Im Schatten der großen Krisen schwelen in Südosteuropa staatliche und ethnische Konflikte, die aus Sicht von Beobachtern jederzeit in bewaffnete Auseinandersetzungen übergehen können. Vor allem die Krisen in Kosovo sowie Bosnien und Herzegowina sind wieder virulent. Bosnien und Kosovo sind die beiden Staaten in der Region, deren nationalstaatlicher Rahmen umstritten ist.

Zwischen Kosovo und Serbien hatte sich die Lage erst kürzlich zugespitzt (vgl. BN v. 23.01.16). Der Präsident Kosovos beschuldigt Serbien, neue Spannungen in der Region zu schüren. Es verfolge die Abtrennung Nord-Kosovos nach russischem Modell der Abspaltung der Ostukraine vom ukrainischen Kernland. Auch der bosnisch-serbische Präsident Milorad Dodik droht immer wieder mit der Abspaltung des serbischen Landesteils (Republika Srpska) und will die Grenzen auf dem Westbalkan neu ziehen. Aber auch Mazedonien gilt als politisches Pulverfass. Mit der Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten fühlen sich die Nationalisten auf dem Balkan wieder im Aufwind.

Myanmar

Verbrechen gegen die Menschlichkeit

In einem Bericht vom 03.02.17 geht das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte davon aus, dass es sich bei den mutmaßlichen Übergriffen von Sicherheitskräften auf Rohingya im Rakhine State seit dem 09.10.16 (u.a. Tötungen, Folter, Vergewaltigungen, Verschwindenlassen) sehr wahrscheinlich um Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelt. Die Übergriffe seien anscheinend verbreitet und systematisch gewesen. Der Bericht stützt sich auf Aussagen nach Bangladesch geflohener Rohingya.

Prominenter Anwalt erschossen

Am 29.01.17 wurde Ko Ni, ein prominenter muslimischer Anwalt und langjähriger Berater von Staatsrätin und Außenministerin Aung San Suu Kyi, vor dem Flughafen in Rangun erschossen. Bevor er festgenommen wurde, erschoss der Täter einen Taxifahrer, der ihn verfolgte. Ko Ni war einer der wenigen Muslime, die in der myanmarischen Politik Karriere machten. Er engagierte sich gegen die Diskriminierung von Muslimen.

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing-Notes
ivs-anfragen@bamf.bund.de